



Darmstadt, 27. März 2009

Pressemitteilung

Internationale Wochen gegen Rassismus gehen mit Rekordbeteiligung zu Ende **Debatte über Dimensionen des Rassismus erforderlich** **Weltrassismuskonferenz nicht vorschnell scheitern lassen**

Bundesweit mehr als 700 Veranstaltungen in fast 250 Städten und Gemeinden verzeichnet der Veranstaltungskalender des *Interkulturellen Rates* und von *Gesicht Zeigen! – Für ein weltoffenes Deutschland* während der am 29. März 2009 zu Ende gehenden Internationalen Wochen gegen Rassismus.

„Damit waren die diesjährigen Wochen der Solidarität mit den Gegnern und Opfern von Rassismus die bislang umfangreichsten und vielfältigsten in ihrer Geschichte. Auch im europäischen Vergleich gab es in keinem anderen Land eine vergleichbar große Zahl von Aktivitäten. Wir freuen uns sehr darüber, dass wir die Zahl von 500 Veranstaltungen im vergangenen Jahr noch einmal deutlich steigern konnten. Das ist auch ein Verdienst der vielen Kooperationspartner, Sponsoren und Unterstützer der Internationalen Wochen gegen Rassismus, bei denen wir uns herzlich bedanken“, sagt Britta Graupner, die zuständige Projektreferentin beim Interkulturellen Rat.

Vor allem habe man den vielen Sportvereinen, Gewerkschaften, Betrieben, Religionsgemeinschaften, Bürgerinitiativen, Schulen und Volkshochschulen vor Ort zu danken, die mit großem Engagement und großer Kreativität die diesjährigen Aktionswochen mit Leben erfüllten. Erfreulich sei auch, dass immer mehr Städte und Gemeinden ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus zusammenstellten. „Damit fördern sie die Vernetzung der lokalen Akteure, ermöglichen Synergieeffekte und machen deutlich, dass sie dem Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus einen hohen Stellenwert einräumen“, erklärte Graupner.

Der Vorsitzende des Interkulturellen Rates, Jürgen Micksch, erklärte, in vielen Veranstaltungen während der Aktionswochen sei intensiv über den Begriff und die Dimensionen von Rassismus und Diskriminierung diskutiert und gestritten worden. Für den Interkulturellen Rat sei es aufgrund einer Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen und der konkreten Erfahrungen in seiner Projektarbeit offensichtlich, dass Islamfeindlichkeit eine weit verbreitete und tief in die Mitte der Bevölkerung reichende Erscheinung



nungsform menschenfeindlicher und rassistischer Einstellungen und Verhaltensweisen darstelle.

„Einige Islamkritiker und evangelikale Christen haben als Reaktion auf diese Aussage behauptet, die Islamfeindlichkeit sei nicht mehr als ein Konstrukt muslimischer Interessensverbände, um berechnete Kritik zu delegitimieren. Das und die Tatsache, dass solche Positionen in antiislamischen und rechtsextremen Internet-Blogs begeistert aufgegriffen und zitiert werden, zeigt uns, dass wir im Kampf gegen die vielen Gesichter des Rassismus noch viele Aufgaben haben“, erklärte Micksch.

Mit Blick auf die vom 20. bis 24. April 2009 in Genf anberaumte „Durban Review Conference“ der Vereinten Nationen appellierte Micksch an die Bundesregierung, trotz der nicht zu leugnenden Risiken ihre Bemühungen um ein Gelingen der Konferenz nicht vorzeitig einzustellen. Wenn es der Bundesregierung und der Europäischen Union in den laufenden Verhandlungen gelänge, einseitige Schuldzuweisungen für den Nah-Ost-Konflikt und Instrumentalisierungen der Religionsfreiheit zur Beschneidung der Meinungsfreiheit aus dem Abschlussdokument herauszuhalten, wäre das ein großer Erfolg.

„Nicht alles zu versuchen, sondern bereits im Vorfeld der Konferenz einen Boykott zu erklären, wäre ein fatales Signal für die weltweiten Bemühungen gegen Rassismus und Diskriminierung. Das Bekenntnis der Staatengemeinschaft zum globalen Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung war trotz vieler Polarisierungen ein großer Erfolg der Weltrassismuskonferenz von Durban im Jahr 2001. Die Erneuerung dieses Bekenntnisses ist dringend erforderlich“, so Micksch.

Trotz aller Vorbereitungen und Bemühungen könne man zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht ausschließen, dass die UN-Konferenz Ende April als Plattform zur Lancierung von Antisemitismus und von einseitigen Schuldzuweisungen an Israel instrumentalisiert und missbraucht werde. „Dann allerdings“, so Micksch abschließend, „wäre es für die deutsche Delegation in Genf ein Gebot der menschenrechtspolitischen Glaubwürdigkeit, die Debatte abubrechen und die Konferenz zu verlassen.“